



Gerling Informationen für
wirtschaftsprüfende, rechts- und
steuerberatende Berufe



10. Juni 1991
11. Jahrgang, S. 144 – 169
ISSN 0177-1868

6

Inhalt	Seite
GI Leitsätze	144
Provisionen an Steuerberater / Strohmannen (BGH Urt. v. 18. 12. 1990 – XI ZR 176/89)	145
Prüfungspflichten des Steuerberaters / Ende des Steuerberatungsvertrages – Buchführungsauftrag – richtige Kontierung – pauschaler Schadenersatz (OLG Köln Urt. v. 28. 9. 1990 – 11 U 41/90)	147
Haftung des Steuerberaters – Gehalt des GmbH-Geschäftsführers – verdeckte Gewinnausschüttung (OLG Düsseldorf Urt. v. 15. 11. 1990 – 18 U 242/88)	150
Haftung des Steuerberaters – Darlegung des Schadens – Unterbrechung des Kausalzusammenhangs durch Mandantenverschulden (OLG Düsseldorf Urt. v. 6. 12. 1990 – 18 U 123/90)	156
Haftung des Steuerberaters – Dienstvertrag – Schaden (OLG Düsseldorf Urt. v. 13. 12. 1990 – 18 U 122/90)	161

GI Leitsätze

Prospekthaftung / Bauherrenmodell / vorgesehene Nutzung / zugesicherte Eigenschaft

Bei der Prüfung der Richtigkeit oder Unrichtigkeit von Prospektangaben ist auf die tatsächlichen Verhältnisse zum Zeitpunkt der Prospektierung abzustellen.

Ob eine im Prospekt vorgesehene Nutzung eine „zugesicherte Eigenschaft“ ist, richtet sich nach dem Inhalt des Baubetreuungs- bzw. Generalunternehmervertrag, die den Leistungserfolg definieren.

Die Grunderwerbsteuer gehört zu den Grundstücksbeschaffungskosten. Sie ist daher nicht Bestandteil einer „Bau- und Baunebenkostengarantie“.

(OLG Karlsruhe Urt. v. 12. 9. 1989 – 8 U 180/87 – rkr. nach Nichtannahmebeschluß des BGH v. 21. 3. 1991 – RPKU 1.037/91)

Anwaltpflichten / Kündigung eines Arbeitsvertrages

Der Rechtsanwalt verletzt seine Sorgfaltspflicht, wenn er ein Kündigungsschreiben lediglich durch einfachen Brief zur Post gibt. Er hat durch Auswahl der Versendungsart dafür zu sorgen, daß der Zugang einer empfangsbedürftigen Erklärung nachgewiesen werden kann. Gerade in Fällen einer befürchteten Zugangsvereitelung kommt die Zustellung durch Vermittlung des Gerichtsvollziehers gem. § 132 BGB in Betracht.

(OLG Nürnberg Urt. v. 15. 11. 1990 – 8 U 387/90 – NJW RR 1991, 414)

Nachbesserungsarbeiten / Buchführung / Jahresabschluß

Der Mandant muß den Steuerberater zur Nachbesserung auffordern und ihn durch Fristsetzung in Verzug setzen. Nach Fristablauf hat er das Recht, die Nachbesserungsarbeiten durch Dritte vornehmen zu lassen (sog. Ersatzvornahme) und kann die Aufwendungen erstattet verlangen (vgl. § 633 BGB).

(OLG Köln Urt. v. 12. 4. 1991 – 11 U 41/90)

Anm.: Das Recht des Steuerberaters zur Nachbesserung entfällt, wenn das Vertrauensverhältnis zum Mandanten so gestört ist, daß diesem eine Nachbesserung durch den Steuerberater unzumutbar ist.

Prospekthaftung / Änderung der Rechtsprechung zu Grunderwerbsteuer / Verflechtung

Im Falle der Verflechtung der Vermittlungsgesellschaft mit der gewerblichen Zwischenmieterin und der Verwaltungsgesellschaft schuldet der Bauherr keinerlei Vermittlungsprovision.

Keine Prospekthaftung, wenn die steuerlichen Angaben in einem Emissionsprospekt zum Stichtag 7.10.1981 von der damals geübten Praxis der Landesfinanzverwaltung ausgingen und den Grunderwerbsteueranteil nur auf den Grundstücksanteil bezogen.

(OLG Koblenz Urt. v. 5. 9. 1989 – 3 U 174/88 – rkr. durch Nichtannahmebeschluß des BGH v. 14. 3. 1991 – RPK U 1.036/91)

Provisionen an Steuerberater / Strohmänner

(BGH Urt. v. 18. 12. 1990 – XI ZR 176/89 – WM 1991, 595)

Leitsatz:

Ein Steuerberater hat seinem Auftraggeber Sondervorteile, die von dritter Seite zugewandt sind und eine Willensbeeinflussung zum Nachteil des Auftraggebers befürchten lassen, auch dann herauszugeben, wenn die Zuwendung nicht unmittelbar an den Steuerberater selbst, sondern an einen nahen Angehörigen als Strohmännchen erfolgt.

Aus den Gründen:

1. Das Berufungsgericht hat ausgeführt: Die Vernehmung des Zeugen K. habe ergeben, daß zwar die Provision von 16.699,- DM nicht dem Beklagten, sondern dem Anlagevermittlungsunternehmen zugeflossen sei, daß aber der Zeuge danach „aus eigener Tasche“ an den Bruder des Beklagten 9.853,- DM gezahlt habe. Es bestünden keine Bedenken, diese Zahlung dem Beklagten als Provision zuzurechnen. Bei einer engen familiären Verflechtung müsse das gleiche gelten wie in dem – vom Bundesgerichtshof (BGHZ 95, 81 [86] = WM 1985, 1071) bereits entschiedenen – Fall, in dem die Zahlung an eine Gesellschaft erfolgte, an der der Steuerberater wirtschaftlich maßgebend beteiligt war.
2. Aufgrund der getroffenen Feststellungen durfte das Berufungsgericht die Klage nicht vollständig abweisen. In Höhe von 9.853,- DM nebst Zinsen mußte sie vielmehr Erfolg haben. Schadenersatzansprüche des Klägers hat das Berufungsgericht allerdings mit Recht verneint; das hat der Senat bereits in seinem Beschluß über die teilweise Nichtannahme der Revision entschieden. Der Beklagte ist **jedoch nach § 667 BGB zur Herausgabe der an seinen Bruder gezahlten Provision verpflichtet**. Zwischen den Parteien war ein Geschäftsbesorgungsvertrag mit Dienstvertragscharakter zustande gekommen (BGHZ 54, 106 = WM 1970, 1052). Dabei war die Tätigkeit des Beklagten nicht auf die reine Steuerberatung beschränkt. **Unstreitig hatte er vielmehr im Rahmen des Vertragsverhältnisses dem Kläger empfohlen, sich an dem Bauherrenmodell zu beteiligen, um Steuern zu sparen**. Wenn ein Steuerberater sich in derartigen Fällen ohne Kenntnis seines Auftraggebers von dritter Seite Provisionen zahlen läßt, so ist er nach gefestigter Rechtsprechung

des Bundesgerichtshofs verpflichtet, solche Sondervorteile, die eine Willensbeeinflussung zum Nachteil des Auftraggebers befürchten lassen, an den Auftraggeber herauszugeben (BGH Urt.v. 1.4.1987 = Gl 1987, 84 = WM 1987, 781 [782] m.w.Nachw.). Dabei sind Zahlungen, die an einen Strohmann des Beraters geleistet werden, wie Provisionszahlungen an den Berater selbst zu behandeln. Die Beweislast dafür, daß der Beauftragte etwas erlangt hat und was er erlangt hat, trifft zwar den Auftraggeber. Der Tatrichter ist aber nicht gehindert, aus dem Umstand, daß der Beauftragte keine einleuchtende Erklärung für eine Zahlung an einem ihm nahestehenden Dritten zu geben vermag, auf die Strohmanneigenschaft des Dritten zu schließen (BGH Urt.v. 1.4.1987 aaO).

Die Feststellung des Berufungsgerichts, die Zahlung des Zeugen K. an den Bruder des Beklagten sei diesem selbst als Provision zuzurechnen, hält danach den vom Beklagten in der Revisionsinstanz vorgebrachten Angriffen stand. Nachdem der Zeuge K. bei seiner Vernehmung vor dem Berufungsgericht erklärt hatte, er habe Zahlungen geleistet, aber nicht an den Beklagten, sondern an dessen Bruder, das sei „in dieser Branche so üblich“, wäre es Aufgabe des Beklagten gewesen, der Behauptung des Klägers, es liege eine „Umwegfinanzierung“ vor, der Beklagte selbst habe die Provision erhalten, substantiiert entgegenzutreten. Das ist nicht geschehen. Der Beklagte hat sich weder in der Berufung- noch in der Revisionsinstanz darauf berufen, sein Bruder sei selbst in irgendeiner, die Zahlung rechtfertigenden Weise tätig geworden; es fehlt jede Erklärung dafür, warum er auf eigene Rechnung von dem Anlagevermittler 9.853,- DM erhalten haben soll. Das Berufungsgericht hat daher mit Recht keine Bedenken gehabt, die Zahlung dem Beklagten zuzurechnen. Ohne Belang ist in diesem Zusammenhang, daß die Zahlung aus der für die Anlagevermittlung ohnehin vorgesehenen Provision geleistet wurde, der Vermittler also diese Provision geteilt hat.

Der Anspruch aus § 667 BGB unterliegt nicht der kurzen Verjährung nach § 68 StBerG; diese Bestimmung gilt nur für Schadenersatzansprüche (BGH Beschl.v. 28.1.1987 = BGHR BGB § 667 Steuerlicher Berater I; Gehre StBerG § 68 Rdn. 71).

Prüfungspflichten des Steuerberaters / Ende des Steuerberatungsvertrages

- Buchführungsauftrag
- richtige Kontierung
- pauschaler Schadenersatz

(OLG Köln Urt. v. 28. 9. 1990 – 11 U 41/90, rechtskräftig)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Bei der Verbuchung von Belegen des Mandanten muß deren sachliche Richtigkeit nicht überprüft werden. Der Mitarbeiter des Steuerberaters geht bei der Kontierung grundsätzlich vom Inhalt der Belege aus.
2. Wird im Steuerberatungsvertrag vereinbart, daß bei dessen vorzeitiger Beendigung ein Anspruch auf mindestens 50 % der dem Steuerberater zustehenden Gesamtvergütung besteht, so setzt dies eine Vertragsverletzung des Mandanten voraus. Diese liegt weder bei einer einverständlichen Auftragsbeendigung noch bei einer begründeten Kündigung durch den Mandanten vor.

Aus den Gründen:

1. Es ist allerdings unstreitig, daß **die Buchführung** der Firma Friseurgroßhandel und Ladeneinrichtung für 1984 **in objektiver Hinsicht fehlerhaft** war. Da die Teilrechnung vom 29. 10. 1984 in Höhe von 25.317,71 DM zzgl. 3.544,48 DM Mehrwertsteuer und die diese Beträge an sich einschließende Endrechnung vom 20. 12. 1984 jeweils in vollem Umfang verbucht worden sind, wurde ein um den Teilbetrag von 25.317,71 DM zu hoher Umsatzerlös ausgewiesen.

Hierfür hat jedoch nicht die Beklagte einzustehen. **Der Vertrag, durch den einem Steuerberater die Buchführung und die Wahrnehmung der gesamten steuerlichen Angelegenheiten übertragen wird, ist ein Dienstvertrag, der eine Geschäftsbesorgung zum Gegenstand hat** (vgl. BGH NJW 1970/1576; VersR 1980/264; OLG Köln DSfR 1989/512). Der Steuerberater haftet bei einer fehlerhaften Vertragserfüllung nach den Grundsätzen über die positive Vertragsverletzung. Im vorliegenden Fall fehlt es jedoch an dem dafür erforderlichen Verschulden.

Die **Rechnung vom 20. 12. 1984 läßt nicht erkennen, daß es sich um eine zweite Teilrechnung handeln sollte**. Obwohl schon ein Teilbetrag zzgl.

Mehrwertsteuer in Rechnung gestellt und eine „Restrechnung“ angekündigt worden war, ist am 20.12.1984 die volle Werklohnforderung nebst dem Gesamtbetrag der Mehrwertsteuer aufgeführt und hiervon eine Akontozahlung abgesetzt worden. Bei richtiger Handhabung hätte jedoch nur noch eine Rechnung über den Unterschiedsbetrag zwischen der Teilforderung vom 29.10.1984 und dem gesamten Werklohn erteilt werden dürfen.

Aus der Erwähnung einer Teilzahlung ging nicht hervor, daß bereits eine Rechnung vorlag, die in derjenigen vom 20.12.1984 enthalten war. Es war vielmehr weitgehend vom Zufall abhängig, ob bei der mit der Verbuchung beauftragten Person der Verdacht aufkam, es könne schon ein Umsatz erfaßt sein. Das Unterbleiben derartiger Erwägungen kann nicht als Verschulden gewertet werden. **Es ist zu berücksichtigen, daß Buchungen in großer Zahl vorzunehmen sind und daß grundsätzlich der Inhalt der Belege maßgebend ist. Bei einer Rechnung ist von der zur Verbuchung eingesetzten Person nicht der gesamte Inhalt auf seine sachliche Richtigkeit zu überprüfen.** Aus dem Kontoblatt für Umsätze mit der J's GmbH war zwar die Zahlung von 22.800,- DM zu ersehen. Es war dagegen nicht zu erkennen, daß ein Zusammenhang mit der Ausgangsrechnung über 28.862,19 DM bestand.

Auch sonstige Umstände, durch die die Beklagte und ihre Mitarbeiter hätten aufmerksam werden müssen, werden nicht vorgetragen.

Aus den obigen Gründen kommt es auf weitere Bedenken gegen den in Frage stehenden Teil der Klageforderung nicht mehr an:

Es braucht nicht mehr darauf eingegangen zu werden, daß im Falle einer Bejahung der Haftung der Beklagten ein erhebliches Mitverschulden des Klägers wegen Abfassung einer irreführenden Rechnung zu berücksichtigen wäre (§ 254 BGB).

Es kann dahingestellt bleiben, ob im Zeitpunkt des Bekanntwerdens des Fehlers, der bei der Rechnungserteilung und der Verbuchung vorgekommen war, bereits ein rechtskräftiger Steuerbescheid mit einem Einkommensteueranteil von 56 % auf den ausgewiesenen Umsatzmehr-betrag vorlag, was von der Beklagten im zweiten Rechtszug in Zweifel gezogen wird, und welches Ergebnis der Abänderungsantrag des Klägers gehabt hat oder haben wird.

Ferner wirkt es sich nicht mehr aus, daß das Landgericht zu Unrecht eine wegen eines Schreib- oder Rechenfehlers um 50,- DM erhöhte Ersatzforderung zugrundegelegt hat. Der Gesamtbetrag von 22.753,70 DM war richtig errechnet. Ein Versehen lag nur bei der Zusammenrechnung

der Teilbeträge von 14.177,92 DM und 3.544,48 DM auf 17.772,40 DM statt 17.722,40 DM vor.

Schließlich ist nicht zu überprüfen, ob es wegen des einzelnen Fehlers in der Buchführung für 1984 gerechtfertigt ist, daß die Firma T. die Erstellung eines vollständigen Jahresabschlusses mit einem Gegenstandswert von 1.610.981,- DM und die Abfassung von Steuererklärungen in Rechnung gestellt hat. Daß in sonstiger Hinsicht Anlaß zur Überprüfung und Berichtigung der Buchführung, des Jahresabschlusses und der Steuererklärungen für **1984** bestand, wird jedenfalls nicht vorgetragen.

2. Soweit sich die Berufung gegen die Rückforderung der „**Auflösungspauschale**“ von insgesamt 19.950,- DM richtet, ist sie dagegen unbegründet. Durch die in dieser Höhe gezahlten Beträge ist die Beklagte ungerechtfertigt bereichert (vgl. § 812 BGB), da ein Anspruch gegen den Kläger nicht gegeben war.

Nach Ziffer 11 Abs. 2 der gemäß Pauschalberatungsvertrag vom 26. 6. 1984 in den Vertrag der Parteien einbezogenen „Allgemeinen Auftragsbedingungen“ **hat der Steuerberater, wenn der Auftrag aus Gründen, die der Auftraggeber zu vertreten hat, vorzeitig beendet wird, Anspruch auf mindestens 50 % der ihm für die Ausführung des gesamten Auftrags zustehenden Vergütung.** Ein derartiger Fall liegt jedoch nicht vor.

Durch die Bezugnahme auf Gründe, die der Auftraggeber zu vertreten hat, wird angeknüpft an ein vertragswidriges Verhalten, bei dem allein sich die Frage ergeben kann, ob eine Vertragspartei es zu vertreten hat oder nicht (vgl. § 276 BGB). Durch die Auftragsbedingungen wird die **Regelung des § 628 Abs. 2 BGB ergänzt**, wonach derjenige, der eine Kündigung durch vertragswidriges Verhalten veranlaßt, zum Ersatz des durch die Aufhebung des Dienstverhältnisses entstehenden Schaden verpflichtet ist. Dieser Entschädigungsanspruch wird in den Auftragsbedingungen pauschaliert.

Eine Vertragsverletzung liegt jedoch weder bei einer einverständlichen Auftragsbeendigung noch bei einer begründeten Kündigung vor. Dabei kann es dahingestellt bleiben, ob das sich aus § 627 BGB ergebende Recht des Klägers zur Kündigung durch die im Vertrag vom 26. 6. 1984 vereinbarten Regelungen abbedungen worden ist.

Wenn dem Kläger ein Kündigungsrecht zustand, dann war dessen Ausübung nicht vertragswidrig und hatte der Kläger sie nicht zu vertreten. War es dagegen abbedungen, so konnte der Vertrag zum 30. 6. 1986 nicht einseitig aufgelöst werden.

Die Beklagte, die die Vertragsbeendigung zu Ende Juni 1986 hingenommen hat, legt auch nicht dar, in welchem Verhalten des Klägers sie eine Kündigung gesehen hat. Ersichtlich hat sie sich dem Wunsch des Klägers nach einer Vertragsbeendigung nicht widersetzt und dieser dadurch zugestimmt, möglicherweise in der Annahme, auf jeden Fall die sogenannte Auflösungspauschale beanspruchen zu können.

Von der Beklagten wird nicht dargelegt, daß der Kläger bei Bezahlung der in Rechnung gestellten Beträge bereits gewußt hat, daß er sie eigentlich nicht schuldete (vgl. § 814 BGB). Es ist auch fernliegend, daß er einen Betrag von fast 20.000,- DM in Kenntnis vom Fehlen einer entsprechenden Verpflichtung gezahlt hätte.

Haftung des Steuerberaters

– Gehalt des GmbH-Geschäftsführers

– verdeckte Gewinnausschüttung

(OLG Düsseldorf Urt. v. 15. 11. 1990 – 18 U 242/88)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Der Steuerberater muß vermeiden, daß Gehälter und/oder Tantiemen als verdeckte Gewinnausschüttungen behandelt werden.
2. Betreut der Steuerberater eine GmbH-Gründung, so hat er in der Anfangsphase auch zu kontrollieren, ob seine Ratschläge vom Mandanten richtig umgesetzt wurden.
3. Ist der Schaden bei einer Kapitalgesellschaft eingetreten, die mit der privaten Vermögenssituation ihrer Gesellschafter eng verknüpft ist, so hat sich die Kapitalgesellschaft den bei den Gesellschaftern im privaten Vermögensbereich eingetretenen Vermögensvorteil anrechnen zu lassen.

Aus den Gründen:

.....

- IV. 1. Hinsichtlich des von der Klägerin dem Beklagten erteilten Beratungsauftrages ist folgender Umfang unstreitig: **Der Beklagte führte die Buchhaltung für die Klägerin, machte die Umsatzsteuervoran-**

meldungen und die Lohnsteueranmeldungen, außerdem die Jahresbilanzen einschließlich der Gewinn- und Verlustrechnungen. Das hat er selbst zugestanden. Außerdem liegen dem Senat die folgenden, vom Kläger erstellten Bilanzen vor: Eröffnungsbilanz vom 1.1.1979, Jahresabschlußbilanzen unter Einschluß der jeweiligen Gewinn- und Verlustrechnung für die Jahre 1979, 1980, 1981 und 1983.

Bereits dieser (unstreitig) Arbeitsumfang weist aus, daß der Beklagte die umfassende Beratung der Klägering übernommen hatte. Es kann deshalb dahinstehen, ob der Beklagte außerdem auch – wie die Klägerin behauptet – alle „erforderlichen“ Steuererklärungen vorbereitet hat, also auch die Erklärungen der Eheleute H. zur Einkommensteuerveranlagung.

2. Die dem Beklagten seitens der Klägerin vorgeworfene Pflichtverletzungen ergeben sich aus den bereits erwähnten, vom Kläger angefertigten Jahresabschlüssen und den Betriebsprüfungsberichten des Finanzamts G. vom 29.1.1985.

In diesem Zusammenhang ist die steuerliche Situation einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung mit Gesellschafter-Geschäftsführer von wesentlicher Bedeutung:

Die **Gründung der Klägerin hatte** – neben der Haftungsbeschränkung – **ersichtlich den Zweck, zumindest einen Teil der sonst anfallenden Gewerbesteuer dadurch zu sparen, daß die Gehälter für den Gesellschafter-Geschäftsführer H. und für dessen Ehefrau als Gesellschafterin-Angestellte den Gewinn der Gesellschaft als Aufwandspositionen mindern sollten.** Es versteht sich von selbst, daß dabei jedoch steuerliche Nachteile anderer Art vermieden werden sollten. Deshalb gehörte es zu den Aufgaben des Beklagten, der bei der Gründung der Klägerin hinzugezogen worden war, dafür Sorge zu tragen, daß die steuerlichen Voraussetzungen für eine Anerkennung der Gehälter als echte Aufwandspositionen vorlagen und zwar einschließlich der etwa beabsichtigten Tantiemezahlungen (Regelungsziel: Abschöpfung des Gewinnes bei der Klägerin über Gehälter und Tantiemen).

Es kam anders ausgedrückt darauf an, daß Gehaltszahlungen und/oder Tantiemezahlungen bei einer Nachprüfung durch das Finanzamt (Betriebsprüfung) als echte Betriebsausgaben anerkannt wurden. **Es galt insbesondere zu vermeiden, daß Gehälter und/oder Tantiemen als verdeckte Gewinnausschüttungen behandelt würden, wenn zudem für solche verdeckten Gewinnausschüttungen kein oder kein aus-**

reichendes, verwendbares Eigenkapital zur Verfügung stand. In dieser Situation kann nämlich eine Mehrbelastung an Körperschaftsteuern eintreten.

Verdeckte Gewinnausschüttungen liegen vor, wenn Handlungen der Körperschaftsorgane (Gesellschafterversammlung), die den Jahresüberschuß der Körperschaft (GmbH) mindern, dazu bestimmt sind, den Anteilseignern (Gesellschaftern) einen wirtschaftlichen Vorteil zu verschaffen, ohne daß diese Zuwendung betrieblichen Zwecken dient (Definition nach: Tipke, Steuerrecht, 10. Aufl., S. 329). Deshalb können Entgelte (Gehalt/Tantieme) für einen beherrschenden Gesellschafter-Geschäftsführer nur dann nicht als verdeckte Gewinnausschüttung gelten, wenn die den Entgeltanspruch begründenden Rechtsgeschäfte eindeutig und klar **im voraus** getroffen sind und außerdem eine angemessene Vergütung vorsehen (ständige Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs, beispielsweise: Urt.v. 22. 3. 1972, BStBl 1972 II, 501; Urt.v. 3. 11. 1976, BStBl 1977 – II, 172; Urt.v. 21. 7. 1982, BStBl 1982 II, 761; Urt.v. 8. 10. 1969, BStBl 1969 II, 268).

Solche klaren, im voraus getroffenen, dazu noch angemessenen Abmachungen sind hier unstreitig versäumt worden. Das ist ein vom Beklagten zumindest fahrlässig verschuldeter Fehler.

Zur steuerlichen Anerkennung von Gehältern/Tantiemen waren nämlich – wie oben ausgeführt – im voraus zu treffende, inhaltlich klare Gesellschafterbeschlüsse erforderlich. Dabei war zudem auf die Angemessenheit der Vergütungen zu achten. Außerdem mußte nach den getroffenen Vereinbarungen auch tatsächlich verfahren werden. Alle diese Dinge hatte der Beklagte als ständiger steuerlicher Berater der Klägerin deren Gesellschaftern mit Nachdruck klarzumachen. Er hatte **außerdem zu kontrollieren, ob seine (richtigen) Ratschläge auch befolgt würden. Erfahrungsgemäß macht nämlich ein Steuerpflichtiger, der erstmals mit den rechtlichen Besonderheiten einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung arbeiten muß und der die steuerrechtlichen Konsequenzen nicht übersieht, in der kritischen Anfangsphase häufig Fehler** (vgl. zu alledem: BGH Urt.v. 25. 2. 1987 – IVa ZR 162/85 –, VersR 1987, 688, 689).

V. Hinsichtlich des – durch das Verschulden des Beklagten – bei der Klägerin eingetretenen **Schaden** handelt es sich nach Darstellung der Klägerin um Körperschaftsteuern und Gewerbesteuern, welche bei richtiger Beratung durch den Beklagten nicht angefallen wären. Hinzu kommen angeblich vom Beklagten durch nachlässige Arbeit verschuldete Verspätungszuschläge, Schätzungen der Umsatzsteuer

aufgrund von mangelhafter Buchführung und Schadenminderungskosten (Stundungsanträge durch einen anderen Steuerberater). Zur Feststellung des Betrages der behaupteten Nachteile bedarf es einer Beweisaufnahme, nämlich eines umfassenden Sachverständigengutachtens (beantragt von der Klägerin, zudem gemäß § 144 ZPO veranlaßt). Es läßt sich jedoch schon jetzt feststellen, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit ein Schaden der Klägerin durch unnötig angefallene Körperschaftsteuern eingetreten ist. Diese Wahrscheinlichkeit reicht aus, um ein Zwischenurteil über den Grund des Anspruch (§ 304 ZPO) zu erlassen und um das Betragsverfahren an das Landgericht zurückzuverweisen (§ 538 Abs. 1 Nr. 3 ZPO). Zugleich läßt sich jetzt schon feststellen, daß drei der von der Klägerin gestaffelt geltend gemachten Schadenpositionen nicht begründet sind.

Bei der Prüfung der einzelnen Schadenersatzpositionen – in der von der Klägerin vorgegebenen Reihenfolge – sind hinsichtlich der Schadenfrage (1.), hinsichtlich des Verhältnisses zwischen der Klägerin und ihren Gesellschaftern (2.) und hinsichtlich der Verjährungsfrage (3.) folgende Grundsätze zu beachten:

1. Der Schadenersatzpflichtige (= Beklagte) hat nach § 249 BGB den Zustand herzustellen, der bestehen würde, wenn der zum Ersatz verpflichtende Umstand nicht eingetreten wäre. Ist ein Schaden durch unnötigen Aufwand von Geld – hier die Zahlung von sonst nicht angefallenen Steuern – entstanden, dann ist die tatsächlich eingetretene Vermögenssituation mit derjenigen (hypothetischen) Situation zu vergleichen, die bei richtiger Behandlung der Sache eingetreten wäre. Die Differenz zwischen dem auf dieser Weise ermittelten Vermögenslagen ist der auszugleichende Schaden.
2. Hier ist zu beachten, daß der Schaden bei der Klägerin, einer Kapitalgesellschaft, eingetreten ist, daß aber die Vermögenssituation der Klägerin mit der privaten Vermögenssituation ihrer Gesellschafter eng verknüpft ist. Das Gesellschaftsvermögen der Klägerin kann bei wirtschaftlicher Betrachtung nur als ein Sondervermögen der Eheleute H. angesehen werden. Daraus folgt, daß ein bei der Klägerin eingetretener Schaden auch als Schaden der Alleingesellschafter zu werten ist (BGH Urt.v. 8. 2. 1977 – VI ZR 249/74 –, NJW 1977, 1283). Daraus folgt weiter, **daß ein bei der Klägerin eingetretener Schaden, der gleichzeitig mit einem Vermögensvorteil verbunden ist, der bei den Gesellschaftern in ihrem privaten Vermögensbereich eintritt, durch diesen Vorteil gemindert wird.**

Diese Situation zeigt sich gerade bei den Steuerfragen, die im vorliegenden Fall eine Rolle spielen. Die bei der Klägerin erhobene **Körperschaftsteuer** gehört im privaten Vermögensbereich ihrer Gesellschafter zu deren Einkommen aus Kapitalvermögen (§ 20 Abs. 1 Nr. 3 EStG). Die Körperschaftsteuer ist dann letztlich auf die im privaten Bereich entstehende Einkommensteuer anzurechnen (§ 36 Abs. 2 Nr. 3 EStG). Deshalb folgt aus dem oben erläuterten Grundsatz, daß ein bei der Klägerin durch die Entrichtung von unnötiger Körperschaftsteuer entstandener Schaden – ganz oder teilweise – aufgewogen wird durch die damit zusammenhängenden Vorteile, die aus der Berücksichtigung der anfallenden Körperschaftsteuer bei der Einkommensteuer entstehen. Bei dieser Art der Schadenermittlung kommt es infolgedessen nicht darauf an, ob die Gesellschafter der Klägerin Erstattungen in Höhe der bei ihren privaten Steuern angerechneten Körperschaftsteuern an die Klägerin geleistet haben und ob sie ihre etwaigen Ansprüche gegen den Beklagten hinsichtlich eines bei ihnen eingetretenen Schaden an die Klägerin abgetreten haben.

3. Für die **Verjährung** von Schadenersatzansprüchen gegen einen Steuerberater gilt nach § 68 des Steuerberatungsgesetzes eine Verjährungsfrist von drei Jahren, und zwar gleichgültig ob sich der Steuerberatervertrag im konkreten Einzelfall als Werkvertrag oder als Dienstvertrag darstellt (BGH, WM 1982, 851). Die Verjährungsfrist beginnt mit dem Eintritt des Schadens, bei vermeidbarer Steuerbelastung, also erst mit deren endgültiger Feststellung aus Anlaß einer Betriebsprüfung, bei Überarbeitungskosten regelmäßig erst in dem Zweitpunkt, in welchem sie anfallen (vgl. dazu: BGH, NJW 1986, 1162).

.....

VI. 1. **Unnötig angefallene Körperschaftsteuern:**

Den durch Zahlung von (unnötigen) Körperschaftsteuern bei ihr eingetretenen Schaden beziffert die Klägerin auf insgesamt 156.422 DM. Dabei geht sie von den für die Jahre 1979 bis 1983 tatsächlich festgestellten Körperschaftsteuern aus.

Neben der Feststellung der tatsächlich angefallenen Körperschaftsteuern und Einkommensteuern bedarf es hinsichtlich der hypothetischen Steuersituation (Steueranfall bei richtiger Sachbehandlung) gleichfalls eines Sachverständigengutachtens. Dies hängt zusammen mit der komplizierten Steuersituation, die bereits oben erläutert ist (Berücksichtigung der Körperschaftsteuer im Rahmen der Einkommensteuerveranlagung). Hinzu kommt eine Besonderheit des Körperschaftsteuerrechts bei Fällen von verdeckten Gewinnausschüttungen:

Die Körperschaftsteuer erhöht sich um 9/16 (56,25 %), wenn für die verdeckte Gewinnausschüttung kein oder kein hinreichendes „verwendbares Eigenkapital“ (§ 30 KStG) zur Verfügung steht. Dabei wirkt sich als besonders gravierend aus, daß die verdeckte Gewinnausschüttung grundsätzlich im Geschäftsjahr der tatsächlichen Zahlung zu verrechnen ist, und zwar regelmäßig mit dem verwendbaren Eigenkapital zu Beginn dieses Geschäftsjahres (§ 27 Abs. 3 Satz 2 KStG). **Steht zu Beginn dieses Geschäftsjahres (am Ende des vorausgegangenen Geschäftsjahres) kein für die Ausschüttung verwendbares Eigenkapital zur Verfügung, so wird die verdeckte Gewinnausschüttung im Ergebnis mit 56,25 % Körperschaftsteuer gesondert besteuert. Verdeckte Gewinnausschüttungen dürfen außerdem das Einkommen nicht mindern, sie werden deshalb im Geschäftsjahr ihrer Zahlung noch einmal als Einkommen mit Körperschaftsteuer belastet** (Felix/Streck, KStG, 2. Aufl., § 8 Anm. 61). Es kann deshalb vorkommen, daß verdeckte Gewinnausschüttungen in Ausnahmefällen mit Körperschaftsteuern bis zu einer Höhe von 112,5 % belastet werden. (BFH Urt. v. 20. 11. 1980, BStBl 1981, II, 180).

Möglicherweise ist aber auch eine andere Verrechnung der verdeckten Gewinnausschüttung mit dem verwendbaren Eigenkapital **auf Antrag** vorzunehmen. Das ergibt sich aus § 54 Abs. 6 EStG. Ein solcher Antrag der Klägerin wäre im Rahmen des hier zu beurteilenden, fiktiven Geschehensablauf zu unterstellen, weil die Klägerin alles zu tun hat, um den Schadeneintritt gering zu halten (§ 254 Abs. 2 BGB).

Nach dem System der Körperschaftsteuer läßt sich jedoch schon jetzt feststellen, daß durch die versäumte Regelung von Geschäftsführergehalt – Angestelltengehalt und/oder von Tantiemезahlungen auf jeden Fall unnötige Körperschaftsteuern angefallen sind, daß also ein Schaden mit hoher Wahrscheinlichkeit entstanden ist: Anerkennungsfähige Gehaltszahlungen/Tantiemезahlungen hätten nämlich den Gewinn der Klägerin vermindert, folglich auch zu geringeren Körperschaftsteuern geführt. Der durch die Zahlung unnötiger Körperschaftsteuern eingetretene Nachteil bei der Klägerin wird durch den Vorteil der Körperschaftsteueranrechnung bei der Einkommensteuerveranlagung der Eheleute H. nicht vollständig aufgewogen. Das ergibt sich aus dem System der Körperschaftsteueranrechnung: **Die Körperschaftsteuer wird zwar von der letztlich anfallenden Einkommensteuer abgezogen (§ 36 Abs. 2 Nr. 3 EStG), vorher wird die Körperschaftsteuer jedoch den übrigen – zu versteuern den – Einkünften als Einkunft aus Kapitalvermögen hinzugerechnet (§ 20 Abs. 1 Nr. 3 EStG). Diese Hinzurechnung bewirkt, daß neben dem Vorteil der Körperschaftsteueranrechnung auf die Einkommensteuer auf jeden Fall ein Progressionsnachteil verbleibt.** Durch die Hinzurechnung fällt nämlich mit Rücksicht auf die Progression der Einkommensteuertabelle eine höhere Einkommensteuer an, als dies ohne die Hinzurechnung der Fall wäre.

Haftung des Steuerberaters

- Darlegung des Schadens
 - Unterbrechung des Kausalzusammenhangs durch Mandantenverschulden
- (OLG Düsseldorf Urt.v. 6. 12. 1990 – 18 U 123/90 – rkr.)

Leitsatz:

Nimmt der Mandant den Steuerberater auf Schadenersatz in Anspruch, weil ihm durch unrichtige Buchführung und einen unrichtigen Abschluß ein steuerlicher Schaden entstanden sei, so muß er jedenfalls dann den Schaden durch Vorlegung einer richtigen Buchführung und eines richtigen Abschlusses darlegen, wenn er sämtliche Grundaufzeichnungen und Belege im Besitz hat.

Leitsätze (d.Verf.):

1. Hat der Steuerberater eine vom Betriebsprüfer bemängelte Umbuchung nicht dokumentiert, so wird der Ursachenzusammenhang mit dem Steuerschaden durch das Verhalten des Mandanten entscheidend unterbrochen, wenn dieser es unterläßt, anhand der ihm vorliegenden Belege die Richtigkeit dieser Umbuchung dem Finanzamt nachzuweisen. Er hätte den eingetretenen Schaden – wenn auch mit gewissen Kosten – verhindern können. Sieht man den Ursachenzusammenhang nicht als unterbrochen an, so ist das Mitverschulden des Mandanten so schwerwiegend, daß die Haftung des Steuerberaters entfällt.
2. Pauschale Umbuchungen sind vom Steuerberater zu erläutern; gleichzeitig ist auf die entsprechenden Nachweise (Belege) Bezug zu nehmen (Dokumentationspflicht).
3. Für Überprüfungsarbeiten des neuen Steuerberaters sind folgende Stundenhonorare angemessen:
DM 100,00 für den Steuerberater selbst;
DM 80,00 und
DM 60,00 für Hilfspersonen.

Zum Sachverhalt:

Im Rahmen der Abschlußarbeiten für das Jahr 1976 nahm der verstorbene Steuerberater B. zwei Umbuchungen vor:

Einmal übertrug er einen Betrag von 46.356,40 DM vom Konto „sonstige Verbindlichkeiten“ auf das Konto „Erlöse, 11 %“ (gemeint: Erlöse, die der Umsatzsteuer unterliegen); zum anderen übertrug er einen Betrag von 93.533,89 DM vom Konto „Erlöse 11 %“ auf das Konto „Forderungen“. Grund dieser Buchungen war die Korrektur des am Jahresbeginn vorgetragenen Forderungsbestandes von 93.538,89 DM. Dieser Bestand war unrichtig, und zwar aus zwei möglichen Gründen: Entweder war er bereits im Jahre 1975 falsch ermittelt worden oder er hatte sich im Verlaufe des Jahres 1976 entsprechend vermindert. Die andere Buchung ging auf die umgekehrte Feststellung zurück, daß noch verbuchte Verbindlichkeiten des Klägers – vermutlich Verbindlichkeiten gegenüber der Fa. D. – längst getilgt waren. Beide Parteien gehen hierzu übereinstimmend davon aus, daß sich diese Unstimmigkeiten anhand der von D. und der S. erteilten Abrechnungen – im Vergleich zu den eigenen Unterlagen des Klägers – ergaben. B. versäumte es jedoch, die einzelnen Beträge (nebst der dazugehörigen Unterlage), die ihn zu der geschilderten globalen Korrektur veranlaßten, aufzulisten und zu dokumentieren.

Der Kläger behauptet: Die vom Finanzamt und vom Finanzgericht vermißten Nachweise (Einzelnachweise) habe er nicht erbringen können, weil B. die dafür erforderlichen Unterlagen im Besitz gehabt habe und weil eine Klagebegründung – für die Klage vor dem Finanzgericht – eine Überarbeitung einer Vielzahl von Einzelbelegen aus dem Verrechnungsverhältnis mit der Spedition D. erfordert hätte. Das aber sei – so meint der Kläger – Aufgabe von B. gewesen, ihm, dem Kläger, seien die damit verbundenen Aufwendungen von schätzungsweise 10.000,00 DM nicht zuzumuten gewesen.

Aus den Gründen:

.....

- II. Die G. B. vorzuwerfende Pflichtverletzung ergibt sich aus dem unstreitigen Sachverhalt.

Es handelte sich bei den beiden von ihm beim Jahresabschluß 1976 vorgenommenen Umbuchungen um korrekte Korrekturen aufgrund der ihm vorliegenden Abrechnungsunterlagen von D. und der S. B. nahm die (richtigen) Korrekturen jedoch in Form von zwei Gesamtsummen vor, ohne diese – etwa durch eine Auflistung – zu erläutern und ohne gleichzeitig auf die entsprechenden Nachweise (Belege) Bezug zu nehmen. Er verstieß damit gegen die ihm obliegende, entsprechende **Dokumentationspflicht**, es war nämlich vorhersehbar, daß das Finanzamt im Rahmen einer (künftigen) Betriebsprüfung solche pauschalen Umbuchungen nicht ohne entsprechende Nachweise anerkennen

würde, zumal sie im Ergebnis den Jahresgewinn 1976 beträchtlich minderten (im Saldo um 47.177,49 DM: 93.533,89 DM – 46.356,40 DM). Das Finanzamt hat auch später tatsächlich beanstandet.

Dieser Pflichtverstoß ist G. B. als verschuldet anzulasten, er und – später – der Beklagte als sein Rechtsnachfolger haben nichts zu einer Entlastung vorgetragen.

III. Der vom Kläger wegen zu hoher Versteuerung geltend gemachte Schaden (37.529,62 DM) läßt sich jedoch nicht auf die festgestellte Pflichtverletzung zurückführen.

1. Der Eintritt und das Ausmaß eines **Schadens** werden in der Weise festgestellt, daß der tatsächliche Geschehensablauf mit dem (hypothetischen) Geschehensablauf verglichen werden, der bei Fehlen des Schaden stiftenden Ereignisses eingetreten wäre (§ 249 BGB). Der in dieser Weise festgestellte Schaden muß sich – im Rahmen des tatsächlichen Geschehensablaufes – auf das dem Schädiger vorwerfbare Ereignis zurückzuführen lassen (Kausalität). **Treten im Rahmen eines komplexen Geschehensablaufes weitere Umstände hinzu, die sich auf den im Endergebnis eintretenden Schaden ausgewirkt haben, dann kann die Zurechnung des letztlich eingetretenen Schaden zu dem ursprünglich schadenstiftenden Ereignis entfallen.** Das gilt beispielsweise dann, wenn der letztlich eingetretene Schaden entscheidend auf einen (nachträglichen) Willensentschluß des Verletzten selbst zurückgeht, doch muß dieser Willensentschluß frei getroffen und nicht durch das Verhalten des Schädigers herausgefordert sein (vgl.: Palandt/Heinrichs, BGB, 48. Aufl., Vorbemerkung vor § 249, Anm. 5 B g ee – m. N. aus der Rechtspr.).

2. Daraus ergibt sich für den hier vorliegenden Fall:

Die fehlende Dokumentation der beiden Umbuchungen ist die ursprüngliche Ursache dafür, daß das Finanzamt eine tatsächlich im Jahre 1976 eingetretene Gewinnminderung nicht anerkannt hat. Es hat zwar die eine – den Gewinn erhöhende – Umbuchung akzeptiert, hingegen die andere – den Gewinn mindernde – Umbuchung beanstandet. Das hat im Ergebnis dazu geführt, daß nicht nur die als Saldo beabsichtigte Gewinnminderung von 47.177,49 DM entfiel, sondern daß der zu versteuernde Gewinn um insgesamt 93.533,89 DM – zu Unrecht – überhöht war (nicht anerkannte Gewinnminderung).

Diese von dem ursprünglich Fehlverhalten des Steuerberaters (G. B.) ausgehende Verursachungskette wird jedoch durch ein dem Kläger selbst vorzuwerfendes Versäumnis derart entscheidend unterbrochen, daß der letztlich eingetretene Schaden nicht mehr auf den ursprünglichen Schadenbeginn zurückgeführt werden kann. Es ging nämlich – gegenüber dem Finanzamt und gegenüber dem Finanzgericht – entscheidend und allein um den **Nachweis** für die Richtigkeit der beiden Umbuchungen. Dieser Nachweis oblag dem Kläger und war ihm auch möglich, nachdem G. B. alle Einzelbelege zurückgegeben hatte und zwar vor dem Abschluß des finanzgerichtlichen Verfahrens. Es soll in diesem Zusammenhang zugunsten des Klägers unterstellt werden, daß die Kontokarten und Journalbögen bei G. B. verblieben und daß das Finanzamt auch diese Unterlagen vorgelegt haben wollte. Dennoch hatte der Kläger die Möglichkeit eines Nachweises, er konnte nämlich die fehlenden Kontokarten und Journalbögen aufgrund der in seinem Besitz befindlichen Einzelbelege erneut erstellen lassen. Das hat er jedoch gescheut, weil ihm die entsprechenden Arbeiten (Nacharbeit durch seinen neuen Steuerberater) zu teuer waren (vgl. hierzu: Schriftsatz des Klägers vom 30. 11. 1984, Bl. 67 – 69 d. A.).

Anders ausgedrückt hätte der Kläger den eingetretenen Schaden – mit gewissen Kosten – verhindern können. Wenn er sich anders entschied, dann liegt darin eine von ihm selbst gesetzte, selbständige Schadenverursachung, welche mit Rücksicht auf ihr Gewicht den (ursprünglichen) Verursachungszusammenhang unterbrochen hat. Der eingetretene Schaden kann folglich nicht mehr dem Vater des Beklagten angelastet werden.

Zur Frage der Kausalität sei noch folgendes angemerkt: Wenn man von einer Verursachung des Schadens durch die Pflichtverletzung des Steuerberaters ausgehen würde, so müßte das Verhalten des Klägers ihm als so schwerwiegendes Mitverschulden angerechnet werden (§ 254 BGB), daß auch dann die Haftung des Steuerberaters entfallen würde.

3. Auf Fragen der Beweislast kommt es bei dieser Sachlage nicht an.

Die entscheidenden Tatsachen sind unstreitig. Das gilt insbesondere für den Besitz des Klägers an den Einzelbelegen, welchen er – Rückergabe nach zweiter Übergabe – zugestanden hat.

Deshalb ist auch kein Raum für die (entsprechende) Anwendung der Beweisregel des § 444 ZPO.

4. Im übrigen ist der vom Kläger geltend gemachte **Schaden** von 37.529,62 DM (Zahlung unnötiger Steuern) nicht nachvollziehbar.

Der Schadeneintritt durch eine nachträgliche (unnötige) Steuerbelastung) ist nämlich in der Weise zu erläutern – und zu belegen daß die tatsächlich vom Finanzamt erhobenen Steuern mit den Steuern verglichen werden, die bei richtiger Sachbehandlung angefallen wären. **Zu dem entsprechenden Klagevortrag gehört es folglich, daß im einzelnen mitgeteilt wird, wie sich der Fehler des Steuerberaters auf die steuerlichen Veranlagungen ausgewirkt hat.** Nur auf diese Weise ist die Feststellung möglich, daß infolge der unkorrekten Buchführung letztlich mehr Steuern gezahlt worden sind, als bei richtiger Buchführung angefallen wären. Ohne die Darstellung des (hypothetischen) richtigen Behandlungsablaufes läßt sich nämlich nicht ausschließen, daß bei richtiger Sachbehandlung der Höhe nach die gleichen Steuern angefallen wären.

An solchen Darlegungen fehlt es hier. Es kommt hinzu, daß der Ausgangspunkt für die Schadenberechnung des Klägers nicht einleuchtet: Er geht von einer „nicht zulässigen Buchung von 46.356,40 DM“ aus und nimmt diesen Betrag zur Berechnungsgrundlage für Umsatzsteuern, Gewerbebeitragssteuern, Einkommensteuer und Kirchensteuer. Tatsächlich ist aber diese Buchung richtig gewesen. Sie ist vom Finanzamt akzeptiert worden, sie wäre auch bei einem Nachweis der Korrekturbeträge bestehen geblieben. Anders ist dies mit der zweiten Buchung über den Betrag von 93.533,89 DM. Dieser Betrag ist vom Finanzamt nicht akzeptiert worden, er wäre aber bei einem Nachweis für die Richtigkeit der vorgenommenen Korrektur bestehen geblieben. **Ausgangspunkt für die Schadenberechnung ist folglich der tatsächlich der Steuerermittlung zugrunde gelegte Gewinn, der – zu Unrecht – um einen Betrag von 93.533,89 DM erhöht ist.** In welcher Weise sich diese Erhöhung auf die Steuerlasten des Klägers ausgewirkt hat, ist weder dargelegt noch sonstwie – anhand der überreichten Unterlagen – nachvollziehbar oder schätzbar.

- IV. Soweit der Kläger Ersatz von **Überarbeitungskosten** verlangt, ist dieser Schadenersatzanspruch im wesentlichen begründet, und zwar in Höhe von 6.791,30 DM.
1. Die Beauftragung des Steuerberaters B. und die damit verbundenen Kosten waren eine notwendige Folge der G. B. anzulastenden Pflichtverletzung. Dessen Untätigkeit war berechtigter Anlaß für den

Kläger, die nach der Betriebsprüfung eingetretene steuerliche Situation durch einen anderen Steuerberater überprüfen zu lassen.

Die dem Kläger dafür entstandenen Kosten hatte G. B. – und hat jetzt der Beklagte als sein Rechtsnachfolger zu ersetzen.

2. Die von dem Steuerberater B. in Rechnung gestellten **Stundenhonorare für Überprüfungsarbeiten** hält der Senat – aufgrund einer Schätzung gemäß § 287 ZPO – im wesentlichen für angemessen und berechtigt. Das gilt sowohl für die Höhe des Stundenhonorars selbst (100,- DM/Stunde für den Steuerberater selbst, 80,- DM/Stunde und 60,- DM/Stunde für Hilfspersonen) als auch für die angegebenen Stundenzahlen. Auszunehmen sind jedoch die Honorare für die Besprechung bei der BfG am 24. 2. 1983 (1,5 Arbeitsstunden des Steuerberaters B. selbst) und für „diverse Briefe und Anträge, Prüfung der Unterlagen“ im März 1983 (6 Arbeitsstunden der Steuerbevollmächtigten J.). Insoweit ist **weder vorgetragen noch ersichtlich, daß sich diese Tätigkeiten auf die Nachprüfung von Arbeiten des früheren Steuerberaters G. B. beziehen.**

Rechnerisch führt dies zum Abzug eines Gesamtbetrages von 711,90 DM.

Haftung des Steuerberaters

- Dienstvertrag
- Schaden

(OLG Düsseldorf Urt. v. 13. 12. 1990 – 18 U 122/90 – rkr.)

Leitsätze (d. Verf.):

1. Das Steuerberatungsmandat zur Hilfeleistung bei der Erstellung der Buchführung, Steuererklärung und Gewinnermittlung begründet einen Dienstvertrag zwischen dem Mandanten und dem Steuerberater.
2. Berät der Steuerberater nicht über die Möglichkeit der Steuerminderung wegen des Verlustes der Stammeinlage einer liquidierten GmbH, so kann nur dann ein Schaden entstanden sein, wenn der Mandant die Stammeinlage geleistet hatte. (Hier: Umbuchung einer Darlehensforderung des Mandanten gegen die GmbH).

Aus den Gründen:

- I. Rechtliche Grundlage des von den Klägern geltend gemachten Schadenersatzanspruchs ist allein das Rechtsinstitut der positiven Vertragsverletzung.

Denn die **Tätigkeit eines Steuerberaters ist nämlich regelmäßig als Geschäftsbesorgungsvertrag mit Dienstvertragscharakter zu qualifizieren**, insbesondere bei einer Dauerberatung und Wahrnehmung aller steuerlichen Belange. Ein Werkvertrag liegt lediglich dann vor, wenn konkrete Einzelleistungen Vertragsinhalt sind (Palandt-Thomas, BGB, 49. Aufl., Anm. 5 vor § 631). Der Bundesgerichtshof hat – entsprechend dieser Unterscheidung – einen Dienstvertrag angenommen, wenn einem Steuerberater allgemein die Wahrnehmung aller steuerlichen Interessen des Auftraggebers übertragen worden ist (BGHZ 54, 106; BGH VersR 1980, 264). Zwar hat ein Steuerberater im Rahmen seiner umfassenden Beauftragung auch bestimmte Einzelarbeiten zu erstellen, z.B. einen Jahresabschluß oder eine Steuererklärung. Im Vordergrund steht aber die ständige Beratung des Auftraggebers in steuerlicher Hinsicht, so daß das Erbringen verschiedener Einzelleistungen keinen Einfluß auf die Wertung des Steuerberatervertrages als Geschäftsbesorgungsvertrag mit Dienstvertragscharakter hat (ständige Rechtsprechung des Senats z.B. Urteil v. 7.12.1989 – 18 U 175/89 –; vgl. weiter RGRK-Glanzmann, 12. Aufl., Rdn. 201 zu § 631 BGB; MüKo-Söllner, BGB, 2. Aufl., Rdn. 91 zu § 611).

Demzufolge beurteilt der Senat den zwischen den Parteien geschlossenen Steuerberatervertrag als Dienstvertrag und nicht als Werkvertrag. Der Beklagte war seit dem 1. 9. 1982 wieder mit der laufenden Buchhaltung der von dem Kläger G. H. geführten Firma beauftragt, daneben mit der Erstellung der Jahresabschlüsse und dem Entwurf der von den Klägern abzugebenden Steuererklärungen. Auch nahm er an der von dem Finanzamt vom 29. 6. 1987 bis 2. 7. 1987 durchgeführten Betriebsprüfung sowie an der anschließenden Schlußbesprechung teil. Darin liegt eine „umfassende“ Beauftragung.

Das hat zur Folge, daß sich die Kläger gegenüber mangelhaften Arbeiten des Beklagten nicht auf die Gewährleistungsansprüche des Werkvertragsrechts berufen können. Rechtsgrundlage für die Ansprüche des Auftraggebers bei mangelhafter Leistung des Steuerberaters sind vielmehr die Vorschriften über die positive Vertragsverletzung. Danach kann der Mandant Schadenersatz verlangen, wenn der Steuerberater schuldhaft (zumindest fahrlässig) eine ihm obliegende vertragliche Verpflichtung schlecht erfüllt hat und wenn dadurch dem Mandanten ein Schaden entstanden ist.

- II. Hiervon ausgehend kann letztlich offenbleiben, ob der Beklagte seine Pflichten als Steuerberater im Rahmen seiner Mitwirkung an der Betriebsprüfung des Finanzamtes und seiner Teilnahme an der Schlußbesprechung deshalb schuldhaft verletzt hat, weil er das Finanzamt oder die Kläger nicht auf die Möglichkeit einer Steuerminderung wegen des angeblichen Verlustes der Stammeinlage des Klägers G. H. an der in Liquidation geratenen Fleischhandel H. GmbH hingewiesen hat. **Denn schon nach dem Vortrag der Kläger hat der Kläger G. H. die Stammeinlage über 25.000 DM in die Gesellschaft weitestgehend nicht geleistet.** Den Klägern ist deshalb der geltend gemachte Schaden nicht entstanden.
1. Die Fleischhandel H. GmbH ist 1982 liquidiert worden. Der Kläger G. H. hatte zu dem Zeitpunkt auf die Stammeinlage erst – angeblich – 158,73 DM gezahlt. Die restliche Forderung der Gesellschaft auf Leistung der Stammeinlage betrug also 24.841,27 DM. **Er kann sich gemäß § 19 Abs. 2 Satz 2 GmbHG wegen eines gesetzlichen Aufrechnungsverbotes nicht darauf berufen, er habe diese durch teilweise Aufrechnung mit einem Anspruch auf Rückzahlung eines der Fleischhandel H. GmbH gewährten Darlehens über 25.973,24 DM erbracht.** Denn dieses Verbot der Aufrechnung gegen den Anspruch der Gesellschaft auf Einzahlung der Stammeinlage durch einseitige empfangsbedürftige Willenserklärung seitens eines Gesellschafters ist allumfassend und gilt insbesondere im Liquidationsstadium der Gesellschaft, bei deren Löschung wegen Vermögenslosigkeit und im Falle des Konkurses der Gesellschaft (BGHZ 15, 52; 53, 71; BGH ZIP 1982, 1320). Es beruht darauf, daß das öffentliche Interesse, d. h. das Interesse aller Gläubiger an der Beschaffung der Stammeinlage, dem Privatinteresse eines Gesellschaftergläubigers vorgeht (RGZ 94, 61). Das **Aufrechnungsverbot bezweckt nämlich, daß der Betrag der Stammeinlageforderung möglichst vollständig in das Vermögen der GmbH fließt.** Die Gemeinschaft der Gläubiger hat das alles überwiegende Interesse, daß die Liquidationsmasse gestärkt, nicht geschwächt wird. Für eine von der Rechtsprechung zugelassene Ausnahme von diesem Aufrechnungsverbot, etwa weil alle Gesellschaftsgläubiger befriedigt, die Vermögensgegenstände im wesentlichen versilbert, jeder Geschäftsbetrieb aufgehört hat und die Entstehung neuer Verbindlichkeiten, die nicht aus den vorhandenen Barbeständen befriedigt werden können, nicht zu erwarten ist (RGZ 149, 293; BGH GmbH RDSch 1986, 162; BGH BB 1978, 1635), haben die Kläger nichts dargetan.

Im Ergebnis führt das dazu, daß der Kläger G. H. die Stammeinlage in die Fleischhandel H. GmbH schon nach dem Vortrag der Kläger bis auf einen Betrag von 158,73 DM nicht erbracht hat (s. auch II. 3.).

Die Kläger können sich nicht darauf berufen, diese sei durch **Umbuchung** eines Teils des Darlehens erfolgt. Denn die Kläger machen insoweit eine unzulässige Aufrechnung und nicht Anrechnung der Darlehensforderung auf die Stammeinlage geltend. Bei einer Anrechnung handelt es sich nur um die Fälle, in denen bei Ermittlung der Anspruchshöhe unselbständige Rechnungsposten in Abzug zu bringen sind (Palandt-Heinrichs, BGB, 49. Aufl., Anm. 1 b zu § 387 BGB). Davon kann hier nicht ausgegangen werden, weil der Anspruch der Gesellschaft auf Zahlung der Stammeinlage und der Anspruch des Klägers G. H. auf Rückzahlung des Darlehens als zwei **selbständige** Forderungen gegenüberstehen.

Hinzu kommt, daß eine **Einlageforderung nach herrschender Meinung schon deshalb nicht kontokorrentfähig ist, weil darin eine unzulässige Stundung liegen kann** (RG JW 1930, 2685; Rowedder, GmbHG, 2. Aufl., Rdn. 31 zu § 19 m.w.N.).

Unschädlich ist, daß der Kläger G. H. nicht ausdrücklich die **Aufrechnung gemäß § 388 BGB erklärt hat**, denn diese kann auch aus dem Verhalten eines Schuldners stillschweigend sich ergeben (RGZ 59, 207; BFH NVwZ 1984, 468, etwa durch Leistungsverweigerung gegenüber einer gleichartigen Schuld (OLG Hamm JurBüro 1979, 745) oder – wie hier – Berechnung eines verbleibenden Überschusses.

Aber auch wenn man der von dem Kläger G. H. gewählten Umbuchung (= Anrechnung) folgen wollte, würde dies zu dem gleichen Ergebnis führen, da dies eine **unzulässige Umgehung des Aufrechnungsverbotes** nach § 19 Abs. 2 Satz 2 GmbHG wäre (vgl. dazu: Rowedder, a.a.O., Rdn. 25 zu § 19). Von einer Verrechnung im eigentlichen Sinn, wie etwa beim Kontokorrent, kann ohnehin nicht ausgegangen werden, weil dies einen Aufrechnungsvertrag zwischen der Fleischhandel H. GmbH und dem Kläger G. H. voraussetzen würde, für den ebenfalls nichts dargetan ist.

2. Ohnehin ist die **angebliche Zahlung des Darlehens an die GmbH gänzlich ungewiß**. Denn die Kläger haben entgegen der prozeßleitenden Verfügung des Senats vom 12.7.1990 dazu ausreichende Belege nicht vorgelegt. Vielmehr begründen zahlreiche Widersprüche in den von den Klägern überreichten Unterlagen Zweifel, ob das behauptete Darlehen an die GmbH ausbezahlt worden ist. Das –

angebliche – Darlehen des Klägers G. H. an die Fleischhandel H. GmbH findet sich erstmals in der Bilanz zum 31.12.1982. Nach dem Darlehenskontoabblatt des Klägers G. H. soll die Zahlung jedoch erst mit Wert 31.1.1983 erfolgt sein. Davon sollen auf die Stammeinlage am selben Tag 24.841,27 DM umgebucht worden sein. Das Kontoabblatt „nicht eingezahlte Stammeinlagen“ des Klägers G. H. für 1983 enthält ebenfalls nur Wertstellungen zum 31.1.1983. Über die vorhergehende Entwicklung des Kontos, das insoweit ein Debet ausweisen müßte, ist dem Kontoabblatt jedoch nichts zu entnehmen. Die Buchungstage stehen zudem im Widerspruch zu dem Prozeßvortrag der Kläger, demzufolge die Umbuchung **Ende** 1983 erfolgt sein soll. Von beiden abweichend weist das Kontoabblatt der GmbH über rückständige Stammeinlagen die Zahlung der Stammeinlage zum 31.12.1982 aus, wobei zudem die Jahreszahl des Kontoabblattes handschriftlich abgeändert worden ist.

3. Auch hinsichtlich der Zahlung von 158,73 DM auf die Stammeinlage haben die Kläger keine Belege vorgelegt. Sie sind deshalb in dieser Höhe hinsichtlich des behaupteten Verlustes der Stammeinlage beweisfällig geblieben.
4. Zusammenfassend haben die Kläger bereits den Nachweis der Zahlung der Stammeinlage an die GmbH nicht erbracht. Ihr in weiten Bereichen widersprüchliches Vorbringen berechtigt vielmehr zu Zweifeln, ob das behauptete Darlehen an die Fleischhandel H. GmbH von dem Kläger G. H. geleistet worden ist. Dies kann im Ergebnis aber dahinstehen, weil die Kläger wegen eines gesetzlichen Aufrechnungsverbotes daraus die Zahlung einer Stammeinlage nicht herleiten können.

Stichwort- und Entscheidungsverzeichnis (Heft 1–6)

Allgemeine Geschäftsbedingungen			
– Ausschluß d. Kündigungsrechts	91, 42		
Allgemeine Versicherungsbedingungen (AVB) (s. auch Versicherungsschutz)			
– wissentliche Pflichtverletzung			
= Kausalitätsprüfung	91, 38		
= Wirksamkeit, AGBG	91, 41		
Anerkenntnis			
– d. Bilanzberichtigung?	91, 72		
Aufrechnungsverbot			
– § 19 GmbHG	91, 164		
Auskunftsvertrag			
– stillschweigender Abschluß			
= Verdienstbescheinigung	91, 62		
Bankhaftung			
– Haftungsbeschränkung, grobes Verschulden	91, 114		
Bauherrenmodell			
– Grunderwerbsteuer	91, 3		
Belehrungspflicht d. StB, Wp, RA			
– fehlende Belehrungsbedürftigkeit			
= vergebliche Belehrungen	91, 28		
= Belehrung d. Vorberater	91, 28		
– ungefragte –			
= Zweifel d. Steuerberaters	91, 63		
– Beweislast	91, 114		
Beweislast			
– f. unterlassene Aufklärung/Belehrung	91, 114		
– f. Fehlberatung	91, 72		
– f. Rücknahme d. Rechtsbehelfs	91, 77		
Bilanzberichtigung			
– Anerkenntnis?	91, 72		
Bindungswirkung			
– belastender Steuerbescheid	91, 116		
Buchführungsauftrag			
– Belehrungspflichten			
= Kassenbuch	91, 85		
– Kontierung			
= Belegaussage	91, 99		
– Prüfung d. Unterlagen	91, 147		
– Umbuchungen	91, 156		
Buchhaltungsunterlagen			
– Aufforderung zur Vorlage	91, 85		
Darlegungslast f. Regreßanspruch (s. auch Beweislast)			
– Bilanzfehler	91, 156		
– Buchungsfehler	91, 156		
Dienstvertrag			
– Steuerberatungsvertrag	91, 8, 12		
Drithaftung			
– Erklärungen d. RA	91, 132		
– Verhandlungsgehilfe d. Mandanten	91, 132		
– Vertrag m. Schutzwirkung zugunsten Dritter			
= Bewertung	91, 68		
= Bilanzerstellung	91, 109		
= Gesellschaftsgründung	91, 109		
= Testat	91, 68		
– Verschulden b. Vertragsverhandlungen	91, 132		
Durchgriffshaftung (s. Geschäftsführer Wp/StB-GmbH)			
Firma			
– GbR			
(mit beschränkter Gesellschafterhaftung)	91, 84		
Fristenkontrolle			
– Ausgangskontrolle	91, 84		
– Fristüberwachung durch RA	91, 114		
– Fristversäumnis, verschuldete –			
= Brief an unzuständiges Gericht/FA	91, 114		
– Weisung an Bürokraft	91, 84		
Geschäftsführer Wp/StB-GmbH			
– Haftung des –	91, 52		
Gewinn (entgangener, § 252 BGB)			
– Darlegungslast	91, 42		
– rechtswidrige Kündigung d. StB-Vertrages	91, 42		
GmbH			
– Einzahlungsmanipulation	91, 98		
– Schaden			
= Verlust d. Stammeinlagen	91, 161		
– Stammeinlage			
= Umbuchung d. Darlehensforderung	91, 161		
– verdeckte Gewinnausschüttung			
= Schaden	91, 150		
Grunderwerbsteuer			
– Änderung d. Rechtsprechung	91, 144		
– bei Bauherrengemeinschaft	91, 3		
– Grundstücksbeschaffungskosten	91, 144		
Haftungsbeschränkung			
– auf grobe Fahrlässigkeit	91, 114		
Honoraranspruch d. StB			
– Aufrechnung mit Schadenersatzanspruch			
= in zweiter Instanz	91, 8		
– Änderung der Rechnung	91, 32		
– Buchführung			
= Gebühr nach Zeitabschnitten	91, 32		

= Grundstücksverwaltungen, § 33 StBGebV	91, 16	– zugesicherte Eigenschaft	91, 144
= monatliche Ratenzahlungen	91, 66	– Grunderwerbsteuer	91, 144
– Einforderbarkeit		– vorgesehene Nutzung	91, 144
= Rahmengebühr	91, 66	Provisionsgeschäfte	
– Einforderbarkeit, § 9 StBGebV		– Rückforderung der Provison	91, 145
= Gegenstandswert	91, 14	– Zahlung an Strohmänn	91, 145
= Hinweis auf Gebührenvorschrift	91, 18	Rechtsanwalt	
= Mitteilung der Rechnung	91, 15	– Beratungspflichten	
= Zeitgebühren	91, 14, 15	= Kündigung, Versendungsart	91, 144
– Erfolgshonorar	91, 58	– Kündigungsschutzklage	
– Fälligkeit, § 7 StBGebV		= Konkursausfallgeld	91, 62
= Buchführungshonorar	91, 22	– Unterhaltsklage	91, 2
– für nicht erbrachte Leistungen	91, 147	– Verspätungseinwand, § 282 ZPO	91, 2
– Gebührenrahmen, § 11 StBGebV		Rechtsberatungsgesetz	
= Mittelgebühr		– d. Wirtschaftsprüfers, Art. 1 § 5 Nr. 2	
= Darlegungslast	91, 66	= Vertragsformulierung	91, 57
– entgangener Gewinn	91, 42	= Wirtschaftsberatung	91, 57
– vermeidbarer –	91, 19	Regreßprozeß	
= keine Bilanzierungspflicht	91, 19	– negative Feststellungsklage	91, 49
– Lohnkosten, § 34 StBGebV	91, 16	– Sachverständigengutachten	
– Pauschalgebühr, § 14 StBGebV	91, 15	= Urkundenvorlage	91, 63
– Zeitgebühren		Schaden	
= f. Nachbesserungsarbeiten	91, 161	– vermeidbares Steuerberatungshonorar	91, 19
= für Nichtstun	91, 14, 15	– Steuervorteile	
Kausalität		= rechtswidrige –	91, 62
– zwischen Pflichtwidrigkeit u. Schaden		= verdeckte Gewinnausschüttung	91, 150
= Unterbrechung d. Kausal-		– Verspätungszuschläge	91, 85
zusammenhangs	91, 158	Schätzung (§ 162 AO)	
Klageauftrag		– Schaden	
– Belehrung über Klageaussichten	91, 114	= Bindung an Erklärung in	
Klageerhebung		Schlußbesprechung	91, 77
– bei unzuständigem Gericht	91, 114	Sittenwidrige Schädigung, § 826 BGB	
Konkursantragspflicht, § 130 a HGB		– vorsätzliche Schädigung	91, 132
– Pflicht der Gesellschaftsorgane	91, 101	StB-GmbH, Wp-GmbH	
Minderkaufmann		– faktischer Geschäftsführer	91, 5
– Lebensmitteleinzelhandel	91, 20	Sozietät	
– Pflicht zur Buchführung u. Bilanz	91, 20	– überörtliche –	91, 84
Mitverschulden		– unzulässige Bezeichnung	91, 84
– kapitalersetzende Gesellschafterdarlehen	91, 23	Steuerberaterkammer	
– d. Kreditgebers		– Beantwortung von Anfragen	91, 5
= Verdienstbescheinigung	91, 62	Steuerberatungsgesetz	
– Prüfung d. Bilanz		– § 5	
= durch GmbH-Geschäftsführer	91, 24	= Kontieren	91, 32
= Stammkapitalforderung	91, 23	– § 57	
Nachbesserung		= Werbeverbot, Stellenanzeigen	91, 74
– Kosten der –	91, 32	Steuerberatungsvertrag	
– Nachbuchungen	91, 32	– Auflösung des –	
– Stundenhonorare, angemessene	91, 161	= fristlose Kündigung, § 627 BGB	91, 42
– Wechsel d. StB	91, 144	– pauschaler Schadenersatz	91, 147
Notar		Steuergestaltungsberatung	
– Einsicht in Flurkarte	91, 84	– RKW-Gutachten	91, 101
– Vollzug, verzögerter	91, 2	– Saldierung der Vor- u. Nachteile	91, 2
Prospekthaftung		– Umwandlung	91, 101
– Änderung d. Rechtsprechung			
= Grunderwerbsteuer	91, 144		

Treuhänder			
- Änderung d. Rechtsprechung	91, 115		
- Dritthaftung	91, 132		
- Gesamtschuld			
= Regreß-/Ausgleichsanspruch	91, 124		
- Haftungsausschluß f. steuerliche Folgen	91, 115		
- Haftungsbeschränkung			
= subsidiäre Haftung	91, 115		
= unmittelbarer Vermögensschaden	91, 115		
- Planabweichung			
= Nutz-/Wohnfläche	91, 123		
- Schaden			
= bei Flächenverminderung	91, 123		
= Verflechtungshinweis	91, 128		
- freiberufliche Tätigkeit, § 18 EStG	91, 84		
- Überwachung d. Abwicklung			
= wg. d. Steuervorteile	91, 115		
- Verhandlungsgehilfe d. Mandanten	91, 132		
- Verjährung von Regreßansprüchen			
= Sekundäranspruch	91, 138		
= Verjährungsbeginn,			
Bauherrenverträge	91, 138		
= Wirtschaftsprüfer	91, 138		
- Verflechtungen d. Treuhänders	91, 128		
- Zweckerreichung	91, 123		
Umwandlung			
- RKW-Gutachten	91, 101		
- Schuldübernahme	91, 101		
Unterhaltsklage			
- Streitwertgestaltung	91, 2		
Verdeckte Gewinnausschüttung			
- Schaden			
= Steuervorteile	91, 150		
Verdienstbescheinigung		91, 62	
Verjährung (§ 51 a WPO)			
- Treuhand	91, 138		
Verjährung (§ 68 StBerG, § 51 a WPO)			
- Art d. Berufstätigkeit	91, 49		
= Treuhänder	91, 138		
- Belehrungspflicht ü. Fehler u. Verjährungsvorschrift, Sekundäranspruch			
= keine -			
Treuhand, Wp	91, 138		
- Verjährungsbeginn			
= Bauherrenverträge	91, 138		
= Bilanzaushändigung	91, 14		
= Bilanzfehler	91, 24		
= Fehlbuchung, Stammkapitalforderung	91, 24		
= Kauf v. Unternehmensanteilen	91, 49		
= Steuerberaterhonorar, vermeidbares	91, 19		
Verschulden bei Vertragsverhandlungen			
- d. RA	91, 132		
Versicherungsleistung			
- Rückforderung	91, 92		
Versicherungsschutz			
- Ansprüche gegen Versicherer	91, 2		
- wissentl. Pflichtverletzung	91, 33		
= Kausalität	91, 38		
= Provisionsvereinbarung	91, 33		
= Wirksamkeit, AGBG	91, 41		
- Zahlungsanspruch	91, 2		
Verspätungszuschläge			
- Schaden	91, 85		
Vorteilsausgleich			
- aufgedrängte Steuerberaterleistung	91, 21		
<hr/>			
BGH v. 3. 7. 1989 - StbSt (R) 14/88	91, 5		
= wistra 1990, 60			
BGH v. 19. 12. 1989 - IX ZR 29/89	91, 2		
= VersR 1990, 866			
BGH v. 17. 5. 1990 - IX ZR 85, 89	91, 132		
= NJW 1991, 32			
= WM 1991, 1554			
BGH v. 26. 9. 1990 - IV ZR 147/89	91, 33		
= BB 1990, 2362			
BGH v. 28. 11. 1990 - XII ZR 130/89	91, 92		
BGH v. 16. 1. 1991 - VII ZR 14/90	91, 128		
= RPK U 1023/91			
= WM 1991, 695			
BGH v. 17. 1. 1991 - VII ZR 143/89	91, 124		
= WM 1991, 769			
BGH v. 31. 1. 1991 - IX ZR 124/90	91, 85		
= WM 1991, 814			
BGH v. 6. 2. 1991 - VIII ZR 26/90	91, 115		
BGH v. 18. 12. 90 - XI ZR 176/89	91, 145		
<hr/>			
OLG Düsseldorf v. 2. 11. 1989			
- 8 U 232/88 rkr.	91, 32		
= EWiR § 675 BGB 2/90, 39 (A. Junker)			
OLG Düsseldorf v. 15. 3. 1990			
- 18 U 207/89	91, 18		
= StB 1990, 205			
OLG Düsseldorf v. 3. 5. 1990			
- 18 U 209/89 rkr.	91, 63		
OLG Düsseldorf v. 22. 3. 1990			
- 2 U 83/89			
= NJW 1990, 2133	91, 84		
OLG Düsseldorf v. 28. 5. 1990			
- 18 U 29/90 rkr.	91, 8		
OLG Düsseldorf v. 13. 6. 1990			
- 6 U 234/89 rkr.	91, 114		
= RPK U 1019/91			
OLG Düsseldorf v. 21. 6. 1990			
- 18 U 33/90	91, 15		
= StB 1990, 312			
OLG Düsseldorf v. 28. 6. 1990			
- 18 U 29/90 rkr.	91, 12		

OLG Düsseldorf v. 31. 10. 1990 – 18 U 99 u. 113/90 rkr.	91, 66	OLG München v. 15. 5. 1990 – 1 U 3482/90 = NJW RR 1991, 191	91, 114
OLG Düsseldorf v. 15. 11. 1990 – 18 U 242/88	91, 150	OLG Nürnberg v. 15. 11. 1990 – 8 U 387/90 = NJW RR 1991, 414	91, 144
OLG Düsseldorf v. 22. 11. 1990 – 18 U 104/90 rkr	91, 98		
OLG Düsseldorf v. 6. 12. 1990 – 18 U 123/90	91, 156		
OLG Düsseldorf v. 13. 12. 1990 – 18 U 122/90	91, 161	LG Bielefeld v. 5. 7. 1990 – 22 O 101/90	91, 2
OLG Frankfurt v. 28. 3. 1990 – 17 U 181/88 = NJW RR 1991, 154	91, 84	LG Bonn v. 5. 2. 1990 – 6 S 442/89 = Juristisches Büro 1990, 1317	91, 2
OLG Hamburg v. 5. 4. 1989 – 5 U 44/86	91, 49	LG Hof v. 23. 1. 1990 – 1 O 328/89	91, 77
OLG Hamm v. 16. 12. 1988 – 25 U 10/88	91, 72	LG Karlsruhe v. 21. 8. 1990 – 2 O 313/89	91, 28
OLG Hamm v. 16. 10. 1989 – 23 U 1/89	91, 68	LG Kassel v. 21. 2. 1989 – 3 O 578/88 rkr.	91, 29
OLG Hamm v. 23. 11. 1990 – 25 U 244/89	91, 62	LG Kleve v. 5. 12. 1990 – 2 O 203/90	91, 62
bestätigt LG Paderborn Urt. v. 19. 10. 1989 – 3 O 304/89, GI 1990, 401		LG Köln v. 27. 9. 1990 – 1 S 173/90 = NJW RR 1991, 184	91, 114
OLG Hannover v. 1. 3. 1990 – 44 StL 1/91 rkr.	91, 74	LG Limburg v. 11. 4. 1990 – 2 O 125/88 = VersR 1990, 1114	91, 2
OLG Karlsruhe v. 24. 5. 1989 – 6 U 51/88	91, 101	LG Mannheim v. 14. 8. 1990 – 9 O 136/90 = KaRS 1991, 159	91, 138
OLG Karlsruhe v. 12. 9. 89 – 8 U 180/87 rkr. nach Nichtannahme- beschluß des BGH v. 21. 3. 1991 = RPKU 1.037/91	91, 144	LG Mönchengladbach v. 24. 4. 1990 – 6 O 3/89 n. rkr.	91, 2
OLG Koblenz v. 5. 9. 1989 – 3 U 174/88 rkr. nach Nichtannahme- beschluß des BGH v. 14. 3. 1991 = RPK U 1.036/91	91, 144		
OLG Köln v. 25. 4. 1990 – 27 U 180/89 = VersR 1990, 674	91, 2	LAG Frankfurt v. 27. 2. 1991 – 9 Ta 301/90	91, 114
OLG Köln v. 28. 9. 1990 – 11 U 41/90	91, 147		
OLG Köln v. 22. 11. 1990 – 18 U 191/90	91, 42	BAG v. 9. 1. 1990 – 3 AZR 528/89; NJW 1990, 2707	91, 84
OLG Köln v. 12. 4. 1991 – 11 U 41/90	91, 144	AG Siegburg v. 3. 9. 1987 – 7 C 171/87 = NJW RR 1989, 155	91, 62
OLG München v. 12. 4. 1990 – 6 U 5905/89; WPK-Mittlg. 1990, 278 = BB 1990, 875	91, 84	BFH v. 1. 2. 1990 – IV R 42/89; = BB 1990, 1254	91, 84

© Gerling-Konzern
Vertriebs-Aktiengesellschaft
Abteilung Presse und Information
Gereonshof, 5000 Köln 1
Telefon: (02 21) 144-7318
Telefax: (02 21) 144-5127

Verantwortlich für den Inhalt:
Rechtsanwalt Dr. Jürgen Gräfe,
Fachanwalt für Steuerrecht

Nachdruck nur mit vorheriger
schriftlicher Zustimmung.